

Pressemitteilung

Ansbach, 16.10.2012

Offene Linke sieht Chancen bei Klinikfusion: Mitbestimmung und Transparenz stärken

"Beschäftigte und BürgerInnen mitnehmen – Gemeinnützige GmbH gründen"

KU als Dach – Personalvertreter in den Aufsichtsrat – Mehr demokratische Kontrolle

Die Fusion des Klinikums Ansbach (KA) und der Verbundkliniken des Landkreises (VKLA) soll eine gute medizinische Versorgung der Bevölkerung langfristig in kommunaler Hand garantieren. Die Ausgestaltung der Vereinigung, deren Chancen und Risiken, wird in den kommenden Wochen und Monaten zur Gretchenfrage werden.

Die Offene Linke plädiert dafür, in die Verhandlungen über die Wahl der Rechtsform verstärkt die Interessen der MitarbeiterInnen und der Bevölkerung einfließen zu lassen: "Beschäftigte und BürgerInnen müssen im Prozess des Zusammengehens einen Mehrwert erkennen, der über ökonomische Zwänge hinausgeht. Wir stehen für eine Fusion der Chancen, nicht der Ängste."

Für die Rechts- und Organisationsform des zukünftigen Verbundes ist daher ein gemeinsames Kommunalunternehmen (KU) als Dach anzustreben unter dem die rechtlich selbstständigen, künftig gemeinnützigen Gesellschaften (gGmbHs) KA und VKLA arbeiten. Dies bedeutet im Gegensatz zur "Vollfusion" als KU nicht nur Klarheit für Budgetzuordnung und Verlustausgleiche, sondern ermöglicht mehr Mitbestimmung und Transparenz. Dazu müssen jedoch folgende Prämissen vertraglich abgesichert werden:

Zum Einen sieht das für gGmbHs gültige Betriebsverfassungsgesetz, anders als im KU, die Möglichkeit vor, PersonalvertreterInnen in die Aufsichtsgremien zu entsenden. Dies muss im KA verbindlich umgesetzt werden.

Zum Anderen hat das Rechtsamt der Stadt Ansbach im April 2012 Änderungen im Gesellschaftsvertrag der Ansbacher Versorgungs- und Verkehrsholding (AVVH) entwickelt, die Transparenz und demokratische Kontrolle erheblich stärken würden. Die Einführung von öffentlichen Sitzungen des Aufsichtsrats und des Weisungsrecht des Stadtrats wird derzeit noch vom privaten Gesellschafter Thüga AG blockiert. Allerdings könnten die erarbeiteten Entwürfe in einer gGmbH KA nahezu deckungsgleich realisiert werden.

Dies wäre Voraussetzung, dass etwa die umfangreichen Sanierungsvorhaben am Klinikum einer stärkeren demokratischen Kontrolle unterlägen. PPP-Lösungen, wie das im vergangenen Jahr im Hinterzimmer mit Blick auf die Wohnheime und den Hubschrauberlandeplatz am Klinikum beschlossene, könnten künftig in der öffentlichen Debatte sinnvolle Alternativen gegenüber gestellt werden. Denn bereits jetzt stellt sich die Frage, ob Kosten- und Einnahmerahmen für das Klinikum beim PPP gehalten werden können. Dieses Vorhaben wurde abgesegnet, als der Bayerische Rechnungshof schon ausdrückliche Warnungen vor PPP publizierte. "Mehr Transparenz kann vor solchen Fehlentscheidungen schützen", so die Offene Linke abschließend.